

Volkes Unwille

BUNDESTAGSWAHL Sogar die unbeliebtesten Politiker können am Sonntag gewinnen. Wie das? Eine politökonomische Lesehilfe des amtlichen Endergebnisses

Von Stefan Deges

Sonntagabend, 18 Uhr und 20 Sekunden: Die Prognose zum Wahlausgang ist über den Äther, da melden sich auch schon die Zahlendeuter der Parteien mit ihren Interpretationsangeboten. Es wird nicht lange dauern und jemand wagt sich an die These, es entspreche „dem eindeutigen Willen des Wählers, der seine Partei mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt hat“.

Dabei geht es genau darum nicht: um den Willen des Wählers. Das zumindest behaupten Forscher, die sich mit der „Neuen Politischen Ökonomie“ befassen. Sie untersuchen politische und demokratische Entscheidungen. Ihre Modelle, die von rationalen Wählern und Parteipolitikern ausgehen, kommen zu dem Ergebnis, dass es schlecht steht um die Demokratie in Deutschland. Unser Wahlrecht ignoriert Volkes Willen, bestraft Prinzipientreue und belohnt extreme Positionen.

Sternstunde für die Theorie

Viele Modelle, mit denen Ökonomen Wahlen interpretieren, waren in der Vergangenheit nicht hilfreich für eine Analyse der deutschen Verhältnisse. Der oft zitierte Medianwähler zum Beispiel, also jene wahlentscheidende Position, an der sich Parteien orientieren, wenn sie die absolute Mehrheit anstreben, ist auf eine Zweiparteienlandschaft gemünzt, etwa auf den Kampf des demokratischen Kandidaten gegen einen Republikaner in den USA.

Am vergangenen Wochenende aber ereignete sich hierzulande eine Sternstunde für die Politikökonomie: Nach Union und SPD haben auch FDP und Grüne ihren Spielraum mit Koalitionsaussagen demart eingeeengt, dass dem Wähler am Sonntag nur noch zwei Alternativen bleiben: Entweder koalitiert die Union mit der FDP oder sie setzt die Große Koalition mit der SPD fort. Damit ist auch die Welt des deutschen Wählers wieder erklärbar mit den Methoden der Neuen Politischen Ökonomie. „Im Grunde gibt es nun eine Mehrheitswahl, bei der der Wähler zwischen Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot entscheiden kann“, sagt Thomas Apolte, Leiter des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Münster. Aus Sicht der Politikökonomen werben also zwei Bündnisse um die Mitte.

Die spannendste Frage im Wahlkampf-Schlussputz wird sein, ob die Union ihren Vorsprung wie schon 2005 wieder verspielt. Der damals amtierende Kanzler Gerhard Schröder nutzte das unbeliebte Thema Steuervereinfachung, um den Medianwähler auf seine Seite zu ziehen. Diesmal versucht SPD-Generalsekretär Hubertus Heil seit Sonntag, als sich die Parteien fest-

gelegt haben, mit den Themen Atomenergie und Lockerung des Kündigungsschutzes zu punkten. Das Festhalten an diesen beiden Positionen lehnt der Medianwähler schlichtweg ab, sagt Hans Peter Grüner, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. „Würde sich die Union stärker um mehrheitsfähige Inhalte bemühen, könnte sie ihren Vorsprung halten“, so Grüner.

Angela Merkel verkauft Eis am Strand

Der Kampf um die Mitte hat viele Wirtschaftswissenschaftler beschäftigt, unter ihnen der amerikanische Ökonom Harold Hotelling, der bereits Ende der 1920er-Jahre dieses Phänomen erklärte. Angenommen, nicht zwei politische Lager, sondern zwei Unternehmen buhlen um die Gunst der Kundschaft. Wohin werden sie wohl ihren Standort legen, wenn sie möglichst viele Käufer anlocken wollen?

Hotelling hat für die Standortwahl eine einfache Regel entwickelt, die sich anhand von zwei Eisverkäufern erklären lässt. Wenn sich die beiden Verkäufer einen Strand aufteilen, wäre es intuitiv zunächst logisch, dass ein Verkäufer seine Bude nach dem ersten Drittel des Strands errichtet, der andere nach zwei Dritteln. So teilen sich beide Anbieter die Kundschaft hälftig auf, und die Käufer haben einen möglichst kurzen Weg zum Eis.

Allerdings könnte jeder der beiden Verkäufer seinen Absatz vergrößern, wenn er näher an den Konkurrenten heranrückt. Da beide das wissen, bauen sie von vornherein ihre Buden in der Mitte des Strands auf. Der Zweier-Wettbewerb führt also zur Angleichung. Eisverkäuferin Merkel baut ihre Bude gleich neben die von Eismann Steinmeier.

Sieger scheitern an Fünfprozentklausel

Ob der Wähler den Drang zur Mitte goutiert, kann mit dem deutschen Verhältniswahlrecht nicht beantwortet werden. Hier ist es sogar möglich, dass Politiker an die Macht kommen, die im Volk überwiegend als unsympathisch gelten. Das zumindest folgt aus den Untersuchungen, die der französische Mathematiker Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet, schon im 18. Jahrhundert anstellte.

Das Verhältniswahlrecht ernennet zunächst den zum Sieger, der die meisten Zweitstimmen auf sich vereinigen kann. Dabei spielt die Einschätzung, die der Wähler von den anderen Parteien hat, keine Rolle. „Das Problem des Verhältniswahlrechts ist, dass es politischen Bauernfängern und Populisten Tür und Tor öffnet“, sagt der Münsteraner Ökonom Thomas Apolte.

Ein Beispiel aus der Theorie, das nicht unbedingt von Bauernfängerei zeugt, aber von möglicherweise unbe-

liebten Siegern: Würden von sieben Wählern drei Angela Merkel ihre Zweitstimme geben und jeweils zwei den Kandidaten Frank-Walter Steinmeier beziehungsweise Oskar Lafontaine, wäre Merkel mit 42 Prozent die Siegerin. Es ist aber denkbar, dass die Wähler, die Steinmeier oder Lafontaine bevorzugen, Merkel am schlechtesten beurteilen. Condorcet schlug daher vor, auch die individuelle Rangfolge zu berücksichtigen. Im Beispiel landet Merkel dann auf Rang drei (siehe Tabelle unten). Bewertet man die persönlichen Präferenzen mit Punkten (drei Punkte für Rang eins, zwei für Rang zwei, einen für Rang drei), gewönne ebenfalls Steinmeier vor den punktgleichen Lafontaine und Merkel.

Umgekehrt kann eine kleine Partei an der Fünfprozentklausel scheitern, obwohl sie bei den meisten Wählern die zweitbeliebteste ist. Die Zweitstimme erfasst das nicht. Ebenso ist es möglich, dass eine extreme Partei die Wahl gewinnt, obwohl nur eine Minderheit ihre Positionen akzeptiert. Wenn zum Beispiel zwei Parteien, die sich mit ähnlichen Positionen um die Mitte bewerben, jeweils 33 Prozent der Stimmen erhalten, kann eine dritte Partei von der extremen Rechten oder Linken 34 Prozent sammeln und steht so an der Spitze.

Mit der Condorcet-Methode, also mit der Berücksichtigung von Präferenzen, könnte der Wähler auch eine Aussage zu Koalitionen machen. Lehnt er beispielsweise den Kurs der FDP vollkommen ab, kann er dem Gewicht verleihen. Unser Wahlrecht ignoriert solche Informationen. „Wahlen repräsentieren nicht den Willen des Wählers“,

schrub der amerikanische Politologe William Riker in seinem 1982 erschienenen Buch „Liberalism against Populism“. „Sie können nur dem Zweck dienen, den Bürgern zu ermöglichen, extrem unerwünschte Politiker von der Macht auszuschließen.“ Und selbst das ist nicht sicher.

Die SPD überholt links – oder stirbt

Bryan Caplan ist einer der jungen Himmelsstürmer der Neuen Politischen Ökonomie. Der Amerikaner hat sich in vielen empirischen Untersuchungen mit dem Rätsel des Wählers befasst. Ergebnis: Der Wähler ist „rational irrational“, er weiß, dass seine Stimme kein Gewicht hat, und deshalb leistet er sich den Luxus, nicht nach Verstand, sondern nach Gefühl oder irgendeiner Vereinfachung zu wählen. So kann ein Wähler etwa für die Wolkenkuckucksheim-Partei votieren, obwohl ihm deren Wahlversprechen utopisch erscheinen. Am Ende summieren sich die fast wertlosen Einzelstimmen zu einer erklecklichen Summe von Zweitstimmen, und die Wolkenkuckucksheim-Partei meldet Machtansprüche an. Caplans Theorie von der rationalen Irrationalität ist einer der Gründe, warum Ökonom Apolte meint: „Unser Wahlrecht befördert systematisch Personen und Inhalte an die politische Spitze, die dort eigentlich keiner haben will.“

Auf der anderen Seite bestrafte unser Wahlrecht auch systematische Politiker, die an Prinzipien festhalten. Die Sozialdemokraten erleben das gerade. „Die SPD wird zerrieben zwischen der Linken und der Union. Da bleiben nur 20 bis 25 Prozent treue Wähler übrig“, sagt Hans Peter Grüner aus Mannheim. Thomas Apolte sieht nur einen Ausweg: „Die einzige Chance der Sozialdemokraten besteht darin, ihre Grundsätze über Bord zu werfen, sich vollends dem Populismus hinzugeben und die Linke links zu überholen.“

Vielleicht wird sich die Gelegenheit schon bald ergeben, wenn in der neuen Legislatur die Große Koalition fortgesetzt wird. „Nach zwei Jahren findet man einen Grund, die Koalition platzen zu lassen“, mutmaßt Hans Peter Grüner. „Dann gelten die Koalitionsaussagen aus dem Wahlkampf 2009 nicht mehr.“ Eine Ampel-Koalition wäre ebenso möglich wie Rot-Rot-Grün auf Bundesebene. Beide Varianten schließen die Parteien heute noch aus. 2011 aber würden sie Angela Merkel – Zweitstimmenerfolg hin, Sympathiewerte her – das Amt kosten.

Bauernfänger, Extremisten und Ekletypen können gewinnen, Vernunft verliert, und das amtliche Endergebnis verrät wenig über den Willen des Wahlvolkes. Nur wenn die Deutschen am Sonntag tatsächlich ihr Kreuzchen schenken, das wissen auch die Politikökonomen noch nicht genau.

Suche nach dem Sieger

Wahlentscheidung

Wähler	Rang 1 (3 Punkte)	Rang 2 (2 Punkte)	Rang 3 (1 Punkt)
1	Merkel	Steinmeier	Lafontaine
2	Merkel	Steinmeier	Lafontaine
3	Merkel	Steinmeier	Lafontaine
4	Steinmeier	Lafontaine	Merkel
5	Steinmeier	Lafontaine	Merkel
6	Lafontaine	Steinmeier	Merkel
7	Lafontaine	Steinmeier	Merkel

Wahlsieger je nach Zählweise

nach Zweitstimmen	
Merkel	3 (42%)
Steinmeier, Lafontaine	jeweils 2 (29%)
nach Beliebtheit	
Steinmeier	4 Mal vor Merkel 5 Mal vor Lafontaine
Lafontaine	4 Mal vor Merkel 2 Mal vor Steinmeier
Merkel	3 Mal vor Steinmeier 3 Mal vor Lafontaine
nach Punkten	
Steinmeier	16
Merkel, Lafontaine	jeweils 13



Affig? Das deutsche Wahlrecht ist blind, taub und stumm, wenn es darum geht, die exakten Wünsche der Wahlberechtigten zu ermitteln.